

DER WERKVERTRAG INSIGHT INVESTITIONEN

MCN Business Breakfast

22.10.2025

RECHTSANWALT MAG. REINHARD KOLLROS

www.hasch.eu









ALLGEMEINES

- ABGB (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) regelt:
 - Kauf
 - Miete
 - Werkvertrag
- UGB (Unternehmensgesetzbuch) ⇒ Sondergesetz für Unternehmer
- Grundsatz der Privatautonomie



R. KOLLROS



HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

DER VERTRAGSABSCHLUSS

- durch übereinstimmende Willenserklärung (§ 861 ABGB):
 - Angebot
 - Annahme
- Angebot und Annahme müssen übereinstimmen ⇒ Konsens







DAS ANGEBOT

- Bindungswirkung
 - Anbietender kann Angebot nicht einseitig zurückziehen
 - kann aber ausdrücklich bestimmen, wie lange das Angebot gilt
 - sonst gelten gesetzliche Bestimmungen:
 - mündliche Angebote sind sofort anzunehmen
 - schriftliche innerhalb einer angemessenen Bedenkzeit zzgl. Beförderungszeit (§ 862 ABGB)



R. KOLLROS



HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

DIE ANNAHME (1)

- mit gültiger Annahme wird Vertrag zu den Bedingungen des Angebotes abgeschlossen
- ausdrücklich oder stillschweigend
- innerhalb der Bindungsfrist







DIE ANNAHME (2)

- sind Punkte offen ⇒ Dissens wegen Unvollständigkeit ⇒ kein Vertrag
- beim Werkvertrag gemäß §1152 ABGB ⇒ angemessenes Entgelt

HP

R. KOLLROS

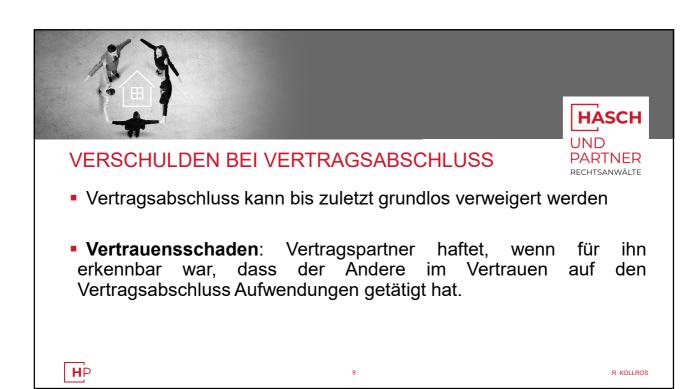


HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

FORMVORSCHRIFTEN

- in der Regel keine besonderen Formvorschriften
- nur bei bestimmten Verträgen, zB
 - Schriftlichkeit für Verträge über Rechte, die in das Grundbuch eingetragen werden sollen
 - Notariatsakt f
 ür Schenkungen, etc.
- für Werkvertrag keine Formvorschriften, aber aus Beweisgründen in Schriftform

HP





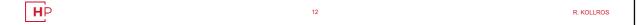


- Werkunternehmer verpflichtet sich gegenüber Werkbesteller gegen Entgelt ein Werk selbst herzustellen oder durch Dritte (Subunternehmer) herstellen zu lassen.
- Generalunternehmer ⇒ Vertragskette ⇒ Erfüllungsgehilfenhaftung





- Werkvertrag endet mit Erfüllung
- vorzeitige Auflösung möglich
 - wegen Vereitelung des Werkes durch den Auftraggeber (§ 1168 ABGB)
 - Rücktritt des Auftraggebers wegen beträchtlicher Kostenüberschreitung
 - Rücktritt wegen Verzuges des anderen Vertragspartners





RECHTSANWÄLTE

Mitwirkungspflichten des Auftraggebers sind zB:

- Einholung der Baubewilligung
- rechtzeitige Übergabe der Pläne
- rechtzeitige Entscheidung über die Beauftragung von Zusatzaufträgen
- ⇒ Verweigert Auftraggeber Mitwirkung, hat Auftragnehmer nach Setzung einer Nachfrist ein Rücktrittsrecht (§ 1168 Abs 2 ABGB)





- beim Werkvertrag ist Auftragnehmer zur Vorleistung verpflichtet
- Werklohn ist erst mit mangelfreier Herstellung des Werkes fällig ⇒ Zurückbehaltungsrecht des Auftraggebers



- Vorleistungspflicht entfällt, wenn sich Vermögensverhältnisse des Auftraggebers verschlechtern, sodass Gegenleistung gefährdet ist (§ 1052 ABGB)
- AN kann Unsicherheitseinrede erheben und Leistung einstellen, bis Werklohn
 - im Voraus bezahlt oder
 - besichert wird.



HP

15

R. KOLLROS





Der Unternehmer eines Bauwerkes (AN) kann vom Besteller (AG) Sicherstellung verlangen

• für noch ausstehendes Entgelt

HP

- bis zur Höhe von 20 % des vereinbarten Entgelts
- bei Erfüllung innerhalb von 3 Monaten bis zur Höhe von 40 %
- ⇒ Recht kann nicht abbedungen werden!







- Auftragnehmer legt Frist zur Leistung der Sicherstellung fest
- bei Nichtleistung, darf AN Leistung verweigern und unter Setzung einer Nachfrist Vertragsaufhebung verlangen (§ 1168 ABGB)
- § 1170b ABGB nicht anwendbar, wenn der Werkbesteller (AN) eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein Verbraucher iS des KSchG ist





Der Kostenvoranschlag ist in § 1170a ABGB geregelt:

Ist dem Vertrage ein Kostenvoranschlag unter ausdrücklicher Gewährleistung für seine Richtigkeit zugrunde gelegt, so kann der Unternehmer auch bei unvorhergesehener Größe oder Kostspieligkeit der veranschlagten Arbeiten keine Erhöhung des Entgelts fordern.

HP 20 R. KOLLROS



■ Ist ein Voranschlag ohne Gewährleistung zugrunde gelegt und erweist sich eine beträchtliche Überschreitung als unvermeidlich, so kann der Besteller unter angemessener Vergütung der vom Unternehmer geleisteten Arbeit vom Vertrag zurücktreten. Sobald sich eine solche Überschreitung als unvermeidlich herausstellt, hat der Unternehmer dies dem Besteller unverzüglich anzuzeigen, widrigenfalls er jeden Anspruch wegen der Mehrarbeit verliert.

HP 21 R. KOLLROS



Kostenvoranschlages
(ausgenommen bei Konsumenten gemäß KSchG)

 ein unverbindlicher Kostenvoranschlag führt nicht zur Beschränkung des Vergütungsanspruches auf den veranschlagten Betrag

HP 22 R. KOLLROS



 Die Endsumme eines unverbindlichen Kostenvoranschlages dient grundsätzlich der Orientierung über die zu erwartenden Kosten.

HP

23

R. KOLLROS



Gründe der Überschreitung sind nicht erheblich (siehe OGH 19.11.1974, 3 Ob 177/74)

 Sobald eine beträchtliche Überschreitung des Kostenvoranschlages als unvermeidlich feststeht, muss der Unternehmer dies dem Besteller unverzüglich anzeigen, sonst droht Verlust der Ansprüche wegen Mehrarbeit (siehe § 1170a ABGB).

HP



 Bei Kostenvoranschlag ohne Gewährleistung, und beträchtlicher Überschreitung der Kosten, kann Besteller mit angemessener Vergütung der vom Unternehmer geleisteten Arbeit vom Vertrag zurücktreten.



25

R. KOLLROS



- Wann Überschreitung beträchtlich ist, lässt sich allgemein nicht präzisieren. Liegt wohl dann vor, wenn ihr das Gewicht eines wichtigen Auflösungsgrundes zukommt.
- Überschreitungen des Kostenvoranschlages von mehr als 10 % bis 15 % bei Abstellung auf absoluten Betrag sind jedenfalls beträchtlich.



26



- vermeidbare Kostenüberschreitungen gehen immer zu Lasten des Auftragnehmers
- unvermeidbar sind Kostenüberschreitungen, wenn die Einhaltung des Kostenvoranschlages angesichts der gegebenen Bedingungen unmöglich geworden ist





- Adressat der Anzeige der Kostenüberschreitung ist der Auftraggeber
- Die Anzeige muss nicht die Bezeichnung des Überschreitungsbetrages genau enthalten, aber den Hinweis auf eine beträchtliche Überschreitung des Kostenvoranschlages

HP 28 R. KOLLROS



 Die Anzeige muss unverzüglich erfolgen, dh. ohne unnötigen Aufschub ab Kenntnis von der Notwendigkeit der Überschreitung des Kostenvoranschlages durch den Unternehmer.



R. KOLLROS



Nach Anzeige der beträchtlichen Kostenüberschreitung hat Auftraggeber die Wahl:

- Fortsetzung der Arbeiten und damit Einverständnis mit Mehrkosten
- Rücktritt vom Vertrag und Leistung angemessener Vergütung

HP



Hier sagt Auftragnehmer, dass das Werk mit den einzelnen geführten Arbeiten hergestellt werden kann und die berechnete Summe das garantierte Maximum darstellt. Dennoch ein höherer Werklohn:

 bei vertraglichen Vorbehalten zu bestimmten Leistungen (zB Bodenaushub),







- Verjährungsfrist für Werklohnansprüche beträgt drei Jahre und beginnt mit Fälligkeit des Werklohns zu laufen.
- Verabsäumt der AN die rechtzeitige Rechnungslegung beginnt die Verjährungsfrist in jenem Zeitpunkt zu laufen, in welchem die Rechnung erstmals gelegt werden konnte.





- Fälligkeit ist der Zeitpunkt zu dem der Schuldner leisten soll und der Gläubiger die Leistung anzunehmen hat.
- Der Gläubiger kann gemäß § 1415 ABGB Teilzahlungen ablehnen und volle Zahlung verlangen.
- Fälligkeit bestimmt sich idR nach der vertraglich getroffenen Regelung.
- Entgelt ist in der Regel nach vollendetem Werk fällig

HP 34 R. KOLLROS



- Verzug liegt vor, wenn der Schuldner die Leistung nicht
 - zur gehörigen Zeit,
 - am gehörigen Ort,
 - auf die bedungene Weise erbringt.





- setzt immer voraus, dass die Leistung überhaupt noch möglich ist, da ansonsten die Regeln über die Unmöglichkeit der Leistungserbringung Anwendung finden
- man unterscheidet den objektiven Verzug vom subjektiven Verzug

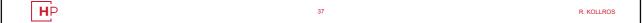


RECHTSANWÄLTE



DER OBJEKTIVE VERZUG (1)

- Der Gläubiger hat ein Wahlrecht:
 - Er kann weiter auf Erfüllung des Vertrages bestehen oder
 - unter Setzung einer angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurücktreten (§ 918 ABGB).





- Der Vertragsrücktritt ist nur wirksam, wenn er unter Setzung einer angemessenen Nachfrist erfolgt.
- Die Nachfrist muss dem Schuldner eine realistische Chance geben, die versäumte Leistung nachzuholen. Eine zu kurz bemessene Leistungsfrist ist wirkungslos.
- Ist die Leistung teilbar, hat der Gläubiger das Recht auf Teilrücktritt (zB bei Bauleistungen).

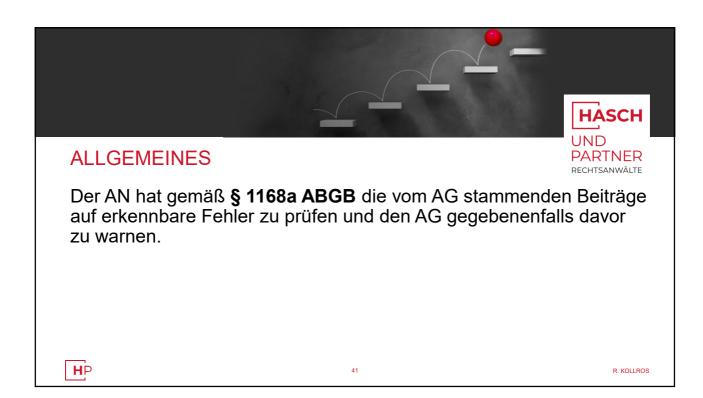




- Der subjektive Verzug tritt ein, wenn den Schuldner am Verzug ein Verschulden trifft
- ⇒ schadenersatzpflichtig
- Der Gläubiger hat die Wahl:
 - Er kann weiterhin auf Vertragserfüllung bestehen und den Verspätungsschaden verlangen oder
 - unter Setzung einer angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen.

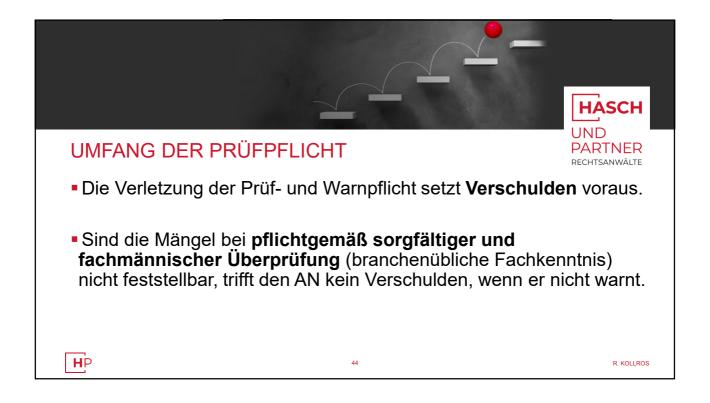














- AG hat zu entscheiden, ob er auf die Warnung des AN hin, die Anweisung oder den beigestellten Stoff entsprechend ändert oder ob er auf die unveränderte Herstellung des Werkes besteht.
- Verlangt der AG die Erbringung der ursprünglichen Leistung, wird der AN weder gewährleistungs- noch schadenersatzpflichtig.



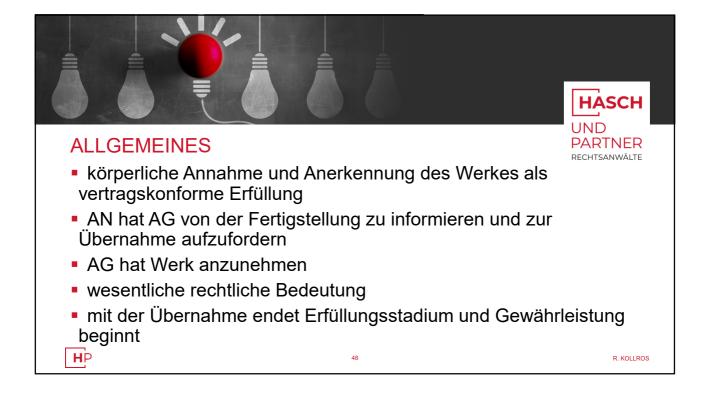
HP

45

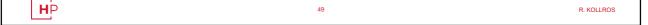
R. KOLLROS

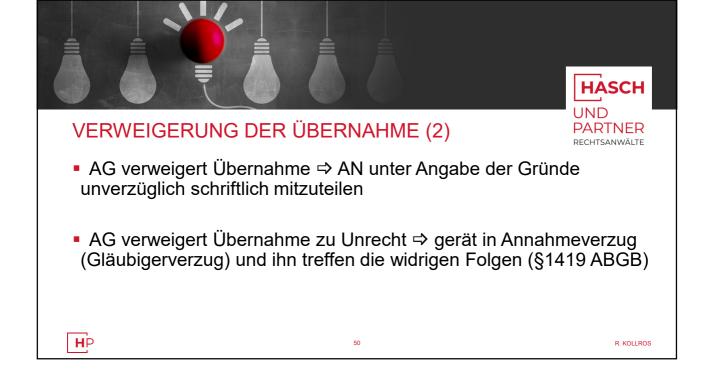














- mit Übernahme treten folgende Rechtsfolgen ein:
 - Beginn der Gewährleistung,
 - Übergang der Gefahr des zufälligen Untergangs,
 - Anspruch auf Bezahlung des gesamten Werklohnes



51

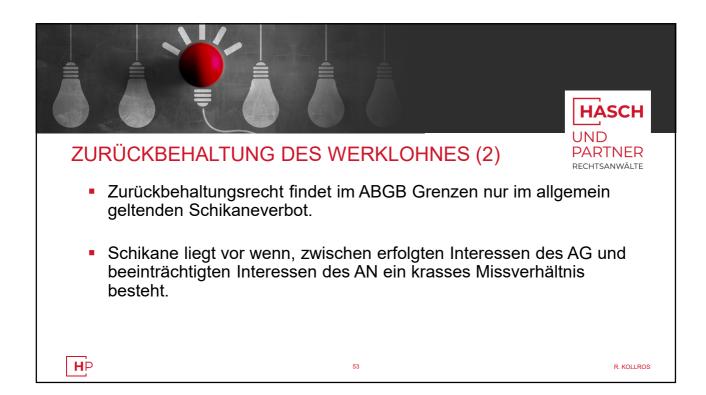
R. KOLLROS



- mit Zurückbehaltungsrecht als Druckmittel soll AN zur gehörigen
- mit Zurückbehaltungsrecht als Druckmittel soll AN zur gehörigen Erfüllung gezwungen werden



52





R. KOLLROS



Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Unterlage trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Autoren ausgeschlossen ist. Diese Unterlage kann eine rechtsfreundliche Beratung im Anlassfall nicht ersetzen.

HP

55

Mag. Reinhard Kollros

HASCH UND PARTNER
Rechtsanwälte GmbH
Landstraße 47, 4020 Linz
+43 / 732 / 776644
r.kollros@hasch.eu

